

An: CARBON PRICING Delegation
Betreff: Verhandlungsziele

Sie nehmen an den Verhandlungen zur globalen Klima- und Energiepolitik teil, um Maßnahmen zu identifizieren und festzulegen, welche dazu dienen, das in Paris beschlossene 2 Grad Ziel zu erreichen. Ihre Delegation hat die Befugnis, die einheitliche globale Bepreisung des CO₂-Ausstoßes und die Verteilung dieser Einnahmen in den nächsten Jahrzehnten festzulegen.

Sie repräsentieren die Regierungen der Staaten mit dem weltweit größten CO₂-Ausstoß: China, USA, Europäische Union, Indien, Russland, Japan und Kanada. Sie müssen die Abgabe auf CO₂ in Dollar pro Tonne CO₂ festsetzen und die Verteilung dieser Einnahmen beschließen.

Als politische Entscheidungsträger verantworten sie ihre Entscheidungen gegenüber den 5 anderen Delegationen **Energy Supply, Energy Efficiency, Population & Consumption, Land & Agriculture** sowie **Climate Hawks**. Deshalb ist es wesentlich, sich mit allen Delegationen gut abzustimmen und ihre Entscheidungen im Konsens mit den anderen Delegationen zu treffen, damit ihre Entscheidungen auch tatsächlich umgesetzt werden können. Als Regierungsvertreter haben sie unbedingt die Interessen aller Delegationen im Auge zu behalten.

Auch wenn ihre Regierungen divergierende Interessen haben, müssen sie als Delegation selbst miteinander entscheiden. Nutzen sie die zur Verfügung stehende Zeit für intensive Verhandlungen und Überzeugungsarbeit!

Wir wissen heute, dass die von Menschen emittierten Treibhausgase das Klima verändern und dass dieser Klimawandel enorme Risiken für unser aller Wohlergehen darstellt. Noch ist es möglich, die schlimmsten Auswirkungen der Klimaerwärmung abzuwenden. International hat man sich darauf geeinigt, die globale Klimaerwärmung auf nicht mehr als 2 Grad Celsius gegenüber den vorindustriellen Werten ansteigen zu lassen. Eine Erwärmung über diese 2 Grad hinaus gefährdet das Wohl Aller und die Wirtschaft aller Nationen. Darüber sind sich die Klimaexperten einig.

Trotzdem gilt es, zwischen den drohenden Auswirkungen des Klimawandels und den unmittelbaren Bedürfnissen der 5 anderen Delegationen eine Balance zu finden. Ohne die Unterstützung der andern Delegationen sind ihre Entscheidungen nicht umsetzbar. Daher müssen sie die Interessen der 5 anderen Delegationen im Auge behalten. Von ihnen werden sie unterstützt und erst dadurch haben sie die Autorität, ihre Entscheidungen zu verwirklichen.

Die Weltwirtschaft hängt derzeit von Energie aus fossilen Brennstoffen ab. Deren Einschränkung bringt den Konsumenten und der Industrie kurzfristige Verteuerungen und der Öl- und Gasindustrie enorme finanzielle Einbußen. Industriebetriebe, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind, müssen sich umstellen oder gehen zugrunde. Nationen, die vom Verkauf fossiler Brennstoffe leben, wie etwa Russland, müssen ihre Wirtschaft und Energiesysteme komplett umstellen.

In vielen Teilen der Welt gibt es über Jahrzehnte gewachsene Infrastruktur für fossile Energie, die immer noch rasch wächst. Diese Infrastruktur aufzugeben ist sehr teuer. Die Auswirkungen des Klimawandels – steigender Meeresspiegel, häufigeres Extremwetter, und vermehrte Krisen – bedrohen indes genau diese Infrastruktur sowie auch andere Formen der Energieerzeugung.

Sie müssen daher einen CO₂-Preis festlegen, sodass die Abkehr von fossilen Brennstoffen stimuliert wird und sich die Wirtschaft auf niedrige CO₂-Emissionen umstellt.

Analysen belegen, dass eine Bepreisung von CO₂-Emissionen die effektivste Art ist, diese Emissionen zu reduzieren. Sie müssen jedoch bedenken, dass sie einerseits das Übereinkommen von Paris einhalten und andererseits die 5 anderen Delegationen „ins Boot holen“ müssen.

Verhandeln sie innerhalb ihrer Delegation selbst sowie mit den 5 anderen Delegationen, um eine CO₂-Bepreisung erreichen, die einerseits größtmögliche Akzeptanz findet und andererseits die

globale Klimaerwärmung auf nicht mehr als 2 Grad Celsius gegenüber den vorindustriellen Werten ansteigen lässt.

Beschließen sie, zu welchem Prozentsatz die Einkünfte aus dem CO₂-Preis wohin fließen sollen, sodass der CO₂-Preis für Bevölkerung und Unternehmen in allen Ländern der Welt verträglich ist. Berücksichtigen sie dabei, dass sogar ein relativ bescheidener CO₂-Preis von \$ 30 pro Tonne mehr als \$ 1000 Milliarden pro Jahr an Einnahmen weltweit generieren würde. Derzeit nimmt der Bund in Österreich rund 4 Mrd. Euro pro Jahr an Mineralölsteuer ein, das sind 8,2% der gesamten Steuereinnahmen.

Aber auch **Energy Efficiency** kann und muss von sich aus ihren Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten. Der Energieverbrauch der Welt kann laut einer Studie der Internationalen Energieagentur durch verbesserte Energieeffizienz von Gebäuden, Transport und industriellen Verfahren bis 2050 um bis zu 33 % verringert werden. In Deutschland kann laut einer Studie der Deutschen Unternehmensinitiative für Energieeffizienz durch Effizienzmaßnahmen der jährliche Stromverbrauch um 68,3 Mrd. Kilowattstunden reduziert werden, was ungefähr der Jahresproduktion von zehn Kernkraftwerken entspricht. In der EU sind 90 % aller Wohnungen nach Angaben der EU-Kommission nicht energieeffizient und benötigen daher rund 10-mal so viel Energie für Heizen und Kühlen als A++ Gebäude.

Energy Supply kann die Produktion erneuerbarer Energie erhöhen. **Land and Agriculture** kann Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen von Methan und Lachgas, beides potente Treibhausgase, ergreifen. **Population and Consumption** kann Maßnahmen zur Begrenzung der künftigen Bevölkerung, insbesondere in den Entwicklungsländern, sowie zur Begrenzung des Verbrauchs pro Kopf (z.B. durch progressive Besteuerung oder hohe Mehrwertsteuern, insbesondere bei Luxusartikeln) setzen.

Verhandlungsposition

CO2-Preis:

Der CO2-Preis wird über einen Zeitraum von 10 Jahren allmählich eingeführt.

\$/Tonne CO2

Die CO2-Einnahmen gehen an:

Wirtschaft	%
Bevölkerung	%
Staatshaushalt	%
Summe	100 %

Anhang: Zur Verteilung der CO2-Einnahmen

Fee and dividend bezeichnet eine für den Staat einkommensneutrale Abgabe auf die kohlenstoffbasierten Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas. Fee and dividend besteht aus Abgaben (fee) und Auszahlungen (dividend). Die Höhe der Abgaben würde von den Energiehändlern auf die Preise ihrer fossilen Brennstoffe aufgeschlagen, was diese verteuert. Die vereinnahmten Gelder werden im gleichen Zuge aber vollständig und zu gleichen Teilen auf die Bevölkerung rückverteilt. Für die Bevölkerung resultiert daraus folglich im Mittel keine Netto-Mehrbelastung. Jede Person, die weniger fossile Energien nutzt als der Bevölkerungsdurchschnitt, würde bei einem Fee-and-dividend-System profitieren, da sie mehr ausgeschüttet bekommt, als sie vorher über die Produktpreise an Abgaben gezahlt hat.

Das Fee-and-dividend-System wird von seinen Befürwortern als Möglichkeit gesehen, eine funktionierende Wirtschaft zu erhalten und dieser die Chance zu einem geordneten Übergang in ein postfossiles Zeitalter zu geben.

So würden der Wirtschaft durch die Belastung fossiler Energieträger Anreize gegeben, mit weniger dieser Energie auszukommen und verstärkt alternative Techniken zu entwickeln. Die mehr belastete Bevölkerung erhielte mit der Dividende ebenfalls einen Anreiz, mit weniger fossiler Energie auszukommen. Denn jede Person, die weniger an Abgaben in den allgemeinen Topf einzahlt als durchschnittliche Verbraucher, würde von diesem System einen finanziellen Ausgleich für ihren vergleichsweise sparsamen Lebensstil erhalten. Personen hingegen, die überdurchschnittlich viel fossile Energien nutzen, zahlen mehr in den allgemeinen Topf ein als sie am Ende herausbekommen. In vielen Fällen dürfte das System so zu einer Umverteilung von einkommens- und konsumstärkeren Schichten hin zu einkommens- und konsumschwächeren Gruppen führen.

Da fossile Energien fast immer zentralisiert abgebaut oder importiert werden, ließe sich die Abgabe am einfachsten an diesen zentralen Punkten erheben. Hierzu wäre nur sehr wenig zusätzliche Verwaltung nötig. Ebenso für die Rückverteilung an die Bevölkerung, da diese automatisiert ohne irgendwelche Einzelfallprüfungen „pro Kopf“ geschehen könnte.

Fee and dividend wird vor allem von der internationalen Klimaschutzorganisation Citizens' Climate Lobby vorgeschlagen. Mit James Hansen setzt sich auch einer der bekanntesten Klimaforscher für fee and dividend ein.

In Europa existiert zwar, anders als beispielsweise in den USA, bereits ein Emissionsrechtehandel, dieser wird durch die günstige Verfügbarkeit der Zertifikate am Markt und seiner Beschränkung auf einzelne Sektoren wie z.B. Kraftwerke, seiner geplanten Lenkungs Aufgabe derzeit allerdings kaum gerecht.